

## **Information gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung für die Jugendarbeit.**

### **Vorbemerkung:**

Aufgabe der Jugendarbeit ist es, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu unterstützen. Weiter eröffnet die Jugendarbeit jungen Menschen die Möglichkeit, unsere Gesellschaft aktiv mitzugestalten und so eine jugendgerechte und zukunftsorientierte Gesellschaft zu bleiben oder zu werden. Die Jugendarbeit ist eine Pflichtleistung des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe und ein eigenständiger Teil der Jugendhilfe. Die Jugendhilfe nimmt u.a. Erziehungs- und Bildungsaufgaben wahr und tritt für die Anliegen und Interessen junger Menschen in der Öffentlichkeit ein.

### **1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:**

Verbandsgemeindeverwaltung Edenkoben  
Fachbereich 1  
Poststraße 23  
67480 Edenkoben  
Tel. 06323 / 959-117  
[Michael.Keßler@vg-edenkoben.de](mailto:Michael.Keßler@vg-edenkoben.de)

### **2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:**

Verbandsgemeindeverwaltung Edenkoben  
Herrn Matthias Vogel  
(Datenschutzbeauftragter)  
Poststraße 23  
67480 Edenkoben  
Tel. 06323 / 959-111  
[Matthias.Vogel@vg-edenkoben.de](mailto:Matthias.Vogel@vg-edenkoben.de)

### **3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten**

Ihre Daten werden dafür erhoben, um die Jugendarbeit zu ermöglichen, Beratung bei Auskunftsersuchen anzubieten oder bei

Verdachtsmomenten entsprechende Meldungen abgeben zu können.

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 e), Abs. 3 Satz 1 b) DS-GVO, § 3 LDSG Rlp i.V.m. SGB XIII und dem Jugendschutzgesetz erhoben.

### **4. Empfängern von personenbezogenen Daten**

Ihre personenbezogenen Daten werden nur bei Verdachtsmomenten von Straftaten an das zuständige Jugendamt der Stadtverwaltung Landau, Friedrich-Ebert-Straße 3, 76829 Landau in der Pfalz, weitergegeben.

### **5. Dauer der Speicherung**

Ihre Daten werden für 10 Jahre aufbewahrt.

### **6. Betroffenenrechte**

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).

b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).

c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.

Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die

Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Gemeindebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).

Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

## **7. Pflicht zur Angabe der Daten**

Sie sind gem. des jeweiligen Jugendschutzgesetzes verpflichtet, bei dem Verdacht von Straftaten gegenüber eines Kindes, folgende personenbezogene Daten anzugeben: ggf. Name der Kinder und Jugendlichen, Adresse, Verdachtsmomente. Ohne Angabe dieser Daten können wir keine Meldung abgeben und somit den Kindern nicht helfen.

## **8. Beschwerderecht**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 5516 Mainz), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.